

## Pressemitteilung

### Entwurf für Spargesetz gefährdet Pharmastandort Deutschland

**Berlin (16. März 2022)** – „Der Entwurf für ein GKV-Spargesetz gefährdet die Arzneimittelversorgung sowie den Pharmastandort Deutschland massiv“, so Dr. Hubertus Cranz, Hauptgeschäftsführer des BAH.

Die geplante Erhöhung des Herstellerabschlags ist eine Katastrophe für die Arzneimittel-Hersteller. Cranz: „Die Hersteller leisten bereits heute durch Rabattverträge, Abschläge und Festbeträge erhebliche Sparbeiträge zugunsten der gesetzlichen Krankenkassen. Zudem werden die Hersteller durch gestiegene Produktionskosten, etwa infolge von höheren Energie-, Logistik- und Wirkstoffkosten, enorm belastet. Dass das Bundesministerium für Gesundheit nun fast eine **Verdreifachung des Herstellerabschlags** vorsieht, ist völlig inakzeptabel. Viele mittelständische Unternehmen werden dies nicht verkraften können.“

Darüber hinaus sieht der Entwurf vor, das **Preismoratorium** um weitere vier Jahre zu verlängern. Damit gilt für viele Arzneimittel bis zum Jahr 2026 der Preisstand 1. August 2009, obwohl sich die Produktionskosten unter anderem aufgrund gestiegener Einkaufspreise und Energiekosten seitdem stark erhöht haben. Zwar gibt es seit Juli 2018 einen Inflationsausgleich, dieser kann die deutlich gestiegenen Produktionskosten jedoch nur im Ansatz ausgleichen. „Die geplante Verlängerung des Preismoratoriums verschärft die ohnehin schon angespannte Situation für die Hersteller und die Arzneimittelversorgung. Denn wenn für Unternehmen eine kostendeckende Produktion nicht mehr möglich ist, müssen sie das Produkt aus dem Markt ausnehmen. Für Patientinnen und Patienten

**Ihre Ansprechpartner in  
der BAH-Pressestelle:**

**Christof Weingärtner**  
Pressesprecher

T. 030 | 308 75 96 - 127  
weingaertner@bah-bonn.de

**Alessandro  
Hammerstaedt**  
Referent Presse- und  
Öffentlichkeitsarbeit

T. 030 | 308 75 96 - 122  
hammerstaedt@bah-  
bonn.de



gehen dann wertvolle Therapieoptionen verloren“, sagt Dr. Hubertus Cranz, Hauptgeschäftsführer des BAH. Darüber hinaus verhindere das Preismoratorium die Weiterentwicklung von bekannten Substanzen, wie neue oder altersgerechte Darreichungsformen. „Somit steht das Preismoratorium dem politischen Wunsch nach Stärkung des Standorts Deutschland fundamental entgegen“, so Cranz.

Zu den geplanten Änderungen bei **AMNOG-geregelten Arzneimitteln** sagt Dr. Hubertus Cranz: „Das AMNOG hat sich in den vergangenen 10 Jahren trotz einiger Schwächen bewährt. Sollten die Eckpunkte so in Kraft treten, würde das die Attraktivität Deutschlands als Markt für innovative Arzneimittel mindern. Zu befürchten ist, dass neue Therapieoptionen nicht mehr oder erst verspätet Patientinnen und Patienten in Deutschland zur Verfügung stehen.“

Fazit: Der nun bekannt gewordene Entwurf für ein GKV-Finanzierungsgesetz bedeutet eine enorme Belastung für die Arzneimittel-Hersteller und für den Pharmastandort Deutschland. Damit gefährdet er die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele, Patientinnen und Patienten mit innovativen Arzneimitteln zu versorgen und Deutschland als Pharmastandort zu stärken. Um dies zu ermöglichen, wären hingegen finanzielle, regulatorische und bürokratische Entlastungen für die Hersteller notwendig.

---

Der Bundesverband der Arzneimittel-Hersteller e.V. (BAH) ist der mitgliederstärkste Branchenverband der Arzneimittelindustrie in Deutschland. Er vertritt die Interessen von rund 400 Mitgliedsunternehmen, die in Deutschland ca. 80.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Die im BAH organisierten Unternehmen tragen maßgeblich dazu bei, die Arzneimittelversorgung in Deutschland zu sichern. So stellen sie fast 80 Prozent der in Apotheken verkauften rezeptfreien und fast zwei Drittel der rezeptpflichtigen Arzneimittel sowie einen Großteil der stofflichen Medizinprodukte für die Patientinnen und Patienten bereit. Unter [www.bah-bonn.de](http://www.bah-bonn.de) gibt es mehr Informationen zum BAH.